

ANTRAGSBROSCHÜRE

- Sonstige Anträge B1-B16

an den 36. Bundesdelegiertentag der Frauen Union der CDU Deutschlands
am 24./25. Mai 2025 in Reutlingen

		Votum der Antragskommission	
B1	<p style="text-align: center;">LV Baden-Württemberg</p> <p>Ausweitung der Erwerbsbeteiligung von Frauen</p> <p>1 Die Rahmenbedingungen für Frauen, die eine Erwerbstätigkeit 2 aufnehmen bzw. ausbauen wollen, müssen optimiert und attraktiv 3 gestaltet werden.</p> <p>4 Wir fordern deshalb:</p> <p>5</p> <p>6 • Sonderregelungen für auf Dauer angelegte Mini-Jobs 7 streichen. Ausnahmen, also Beibehaltung der bisherigen 8 Sonderregelungen für Minijobs, sollen nur noch gelten für</p> <p>9 ○ einen Minijob, der zusätzlich zu einer 10 sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung 11 ausgeübt wird</p> <p>12 ○ anderweitig sozialversicherungsrechtlich 13 abgesicherte Personengruppen, wie Schülerinnen 14 und Schüler, Studierende sowie Rentnerinnen und 15 Rentner</p> <p>16 ○ kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse</p> <p>17 • Vollständige steuerliche Absetzbarkeit von 18 Kinderbetreuungskosten</p> <p>19 • Vollständige steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen 20 Dienstleistungen</p> <p>21 • Abschaffung der Lohnsteuerklasse V unter Beibehaltung des 22 Ehegattensplittings</p>	Annahme in folgender Fassung	<p>Ausweitung der Erwerbsbeteiligung von Frauen</p> <p>Die Rahmenbedingungen für Frauen, die eine Erwerbstätigkeit aufnehmen bzw. ausbauen wollen, müssen optimiert und attraktiv gestaltet werden.</p> <p>Wir fordern deshalb:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vollständige steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten • Vollständige steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen • Abschaffung der Lohnsteuerklasse V unter Beibehaltung des Ehegattensplittings <p style="text-align: center;">Überweisung an den Bundesvorstand</p> <p>Wir fordern: Sonderregelungen für auf Dauer angelegte Mini-Jobs streichen. Ausnahmen, also Beibehaltung der bisherigen Sonderregelungen für Minijobs, sollen nur noch gelten für</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ einen Minijob, der zusätzlich zu einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung ausgeübt wird ○ anderweitig sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Personengruppen, wie Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner ○ kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse

B2	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11	<p style="text-align: center;">LV Baden-Württemberg</p> <p>Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und des Mittelstands</p> <p>Im Interesse eines Aufschwungs in der Wirtschaft fordert die Frauen Union der CDU Deutschlands, einen stärkeren Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und den Mittelstand zu legen. Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft, ohne sie können Aufschwung und Wirtschaftswende nicht gelingen. Ziel muss die wirtschaftliche Stärkung dieser Betriebe, insbesondere auch im Spannungsfeld zu großen Unternehmen und Konzernen, sein. Entsprechende strukturelle Reformansätze sind zu prüfen und entwickeln, insbesondere in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Arbeits- und Fachkräftesicherung, Steuern, Sozialversicherung, Gesetzgebung, Bürokratieabbau und Förderstrukturen.</p>	<p style="text-align: center;">Annahme</p>
B3	1 2 3 4 5	<p style="text-align: center;">LV Baden-Württemberg</p> <p>Zielgerichtete Vermittlung von digitalen Kompetenzen in der Schule</p> <p>Die Frauen Union der CDU Deutschland fordert die Erarbeitung bundesweit einheitlicher Standards für die Bildungspläne der Berufsschulen mit dem Ziel, digitale Kompetenzen zielgerichtet zu vermitteln und an die heutigen Erfordernisse des Berufslebens anzupassen.</p>	<p style="text-align: center;">Annahme in folgender Fassung</p> <p>Zielgerichtete Vermittlung von digitalen Kompetenzen in der Berufsschule</p> <p>Die Frauen Union der CDU Deutschland fordert die Erarbeitung bundesweit einheitlicher Standards für die Bildungspläne der Berufsschulen mit dem Ziel, digitale Kompetenzen zielgerichtet zu vermitteln und an die heutigen Erfordernisse des Berufslebens anzupassen.</p>

B4	<p style="text-align: center;">LV Baden-Württemberg</p> <p>Frauenquote in der CDU evaluieren und verstetigen</p> <p>1 Die Frauen Union der CDU fordert den Generalsekretär der CDU 2 Deutschlands auf, noch in diesem Jahr eine Kommission ins Leben zu 3 rufen oder andere geeignete Schritte einzuleiten, um die bisherigen 4 Erfahrungen mit der Frauenquote auszuwerten und ggf. notwendige 5 Anpassungen der bestehenden Satzungsregelungen vorzuschlagen. 6 Zugleich soll untersucht werden, inwiefern die bestehenden 7 Regelungen auch flächendeckend zur Anwendung kamen. Mit dem 8 Beschluss dieser notwendigen Satzungsanpassungen soll die 9 Frauenquote dann verstetigt werden.</p>	<p style="text-align: center;">Überweisung an den Bundesvorstand</p>
B5	<p style="text-align: center;">LV Niedersachsen</p> <p>Anpassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes für Kinder-Influencer</p> <p>1 Die Frauen Union setzt sich für die Aufnahme des Tatbestandes von 2 Kinder-Influencern in das Jugendarbeitsschutzgesetz ein. Dafür muss 3 die Produktion von Social-Media-Inhalten, an denen Kinder unter 15 4 Jahren beteiligt sind, gesetzlich, als Arbeit definiert werden. Analog 5 zu Theatervorstellungen, Musikaufführungen, 6 Werbeveranstaltungen sowie bei Aufnahmen im Rundfunk sollen 7 Kinder, die von ihren Eltern im Internet zu kommerziellen Zwecken 8 abgebildet werden, dann nur noch unter strengen Auflagen Content 9 produzieren, also arbeiten, dürfen. Die zuständige Aufsichtsbehörde 10 darf ein Tätigwerden des Kindes im kommerziellen Social Media 11 Bereich dann nur noch nach Anhörung des zuständigen Jugendamts 12 bewilligen, wenn die Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 JArbSchG 13 erfüllt sind. So soll gewährleistet werden, dass Kinder auch dann 14 entsprechenden Schutz erfahren, wenn sie nicht an einem offiziellen 15 Filmset arbeiten, sondern ihre Eltern die Kameraleute sind und ihr 16 Kinderzimmer der Drehort.</p>	<p style="text-align: center;">Annahme</p>

B6		<p style="text-align: center;">LV Niedersachsen</p> <p>Pflege reformieren</p> <p>1 Die Frauen Union fordert die Bundesregierung auf, einen 2 Aktionsplan für die Pflege in Deutschland zu entwickeln und mit 3 umfassenden Maßnahmen eine Verbesserung der Pflegesituation zu 4 erwirken. Insbesondere sollen die folgenden Punkte umgesetzt 5 werden:</p> <p>6 • Reform der Pflegefinanzierung: Anpassung der 7 Pflegeversicherungsbeiträge und staatliche Zuschüsse sowie 8 Einführung von Anreizen zur privaten Vorsorge 9 • Reduzierung der Bürokratie: Vereinfachung der Antragsverfahren 10 und Abrechnungsmodalitäten, Einführung fester Ansprechpartner 11 für Pflegebedürftige und deren Angehörige sowie klarere 12 Zuständigkeiten zwischen Pflegekassen und Krankenkassen. 13 • Unterstützung für pflegende Angehörige: Einführung von flexiblen 14 Arbeitszeitmodellen und weiteren Unterstützungsangeboten für 15 berufstätige pflegende Angehörige sowie Bereitstellung von 16 Entlastungsangeboten wie Kurzzeitpflege und 17 Tagespflegeeinrichtungen.</p>	<p style="text-align: center;">Annahme</p>
B7		<p style="text-align: center;">LV Niedersachsen</p> <p>Umsetzung von getätigten oder in Aussicht gestellten Baufinanzierungen für Renovierungen beziehungsweise Erweiterungen von Kurkliniken</p> <p>1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, bereits getätigte oder in 2 Aussicht gestellte Baufinanzierungen für Renovierungen 3 beziehungsweise Erweiterung von Kurkliniken auch umzusetzen und 4 nicht einzufrieren.</p>	<p style="text-align: center;">Annahme</p>

5 6 7 8 9 10 11	Weiter muss eine entsprechende gesicherte Fortführung für Instandhaltungsmaßnahmen der bestehenden Kurkliniken im Haushalt der Bundesregierung festgehalten bzw. im 2025 vom Bundestag beschlossenen Sondervermögen Infrastruktur berücksichtigt werden, damit Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahmen im Rahmen von Mutter- oder Vater-Kind-Kuren in Zukunft sichergestellt und gewährleistet sind.	
B8	<p style="text-align: center;">LV Niedersachsen</p> <p>Rücknahme der Cannabis-Legalisierung</p> <p>Die Frauen Union der CDU in Niedersachsen fordert die Rücknahme der Legalisierung des Cannabiskonsums. Im Einzelnen fordern wir die Bundesregierung dazu auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Cannabis-Gesetz aufzuheben und den Besitz, Anbau und Vertrieb von Cannabisprodukten wieder vollständig zu verbieten und unter Strafe zu stellen. • umfassende Programme zur Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken des Drogenkonsums zu entwickeln und umzusetzen. • strengere Kontrollen und Maßnahmen im Straßenverkehr einzuführen, um sicherzustellen, dass keine Personen unter dem Einfluss von Cannabis ein Kraftfahrzeug führen. 	<p style="text-align: center;">Annahme in geänderter Fassung</p> <p style="text-align: center;">Rücknahme der Cannabis-Legalisierung</p> <p>Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert die Rücknahme der Legalisierung des Cannabiskonsums. Im Einzelnen fordern wir die Bundesregierung dazu auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Cannabis-Gesetz aufzuheben und den Besitz, Anbau und Vertrieb von Cannabisprodukten wieder vollständig zu verbieten und unter Strafe zu stellen. • umfassende Programme zur Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken des Drogenkonsums zu entwickeln und umzusetzen. • strengere Kontrollen und Maßnahmen im Straßenverkehr einzuführen, um sicherzustellen, dass keine Personen unter dem Einfluss von Cannabis ein Kraftfahrzeug führen.

B9	<p style="text-align: center;">LV Nordrhein-Westfalen</p> <p>Onkologische Trainingstherapie für alle onkologischen Diagnosen in den Heilmittelkatalog aufnehmen</p> <p>1 Der 36. Bundesdelegiertentag der Frauen Union Deutschlands 2 spricht sich für die Aufnahme der onkologischen Trainingstherapie 3 (O.T.T.) in den Heilmittelkatalog auf. Damit werden Krebspatienten 4 und Krebspatientinnen bei der Wiederherstellung ihrer 5 Arbeitsfähigkeit effektiv unterstützt. Das 6 Nebenwirkungsmanagement bei der medizinischen Therapie wird 7 optimiert und somit die Lebensqualität deutlich verbessert.</p>	<p style="text-align: center;">Annahme</p>
B10	<p style="text-align: center;">LV Sachsen</p> <p>Frauen Union vor Ort stärken – Kampagnenfähigkeit durch dezentrale Materialbereitstellung verbessern</p> <p>1 Die Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union wird beauftragt, 2 Maßnahmen zu ergreifen, die die Landes- und Kreisverbände in ihrer 3 Kampagnenfähigkeit stärken. Insbesondere sollen: 4 1. Druckerzeugnisse künftig nicht nur als gedruckte Exemplare 5 zur Bestellung angeboten, sondern auch als digitale 6 Druckvorlagen bereitgestellt werden, um lokale und 7 kosteneffiziente Druckmöglichkeiten zu ermöglichen. 8 2. Vorproduzierte Social-Media-Inhalte zu speziellen Anlässen 9 (z. B. Equal-Pay-Day) zusätzlich in einem digitalen 10 Postkartenformat zur Verfügung gestellt werden, um 11 Aktionen im öffentlichen Raum zu unterstützen. 12 3. Über das Kreativ-Portal der CDU oder die Website der 13 Frauen Union soll eine Möglichkeit geschaffen werden, vor 14 Ort entwickelte Druckprodukte, die auch für andere 15 Verbände von Interesse sind, zentral zu sammeln und allen 16 Verbänden zur Verfügung zu stellen.</p>	<p style="text-align: center;">Überweisung an den Bundesvorstand</p>

B11		<p style="text-align: center;">LV Schleswig-Holstein</p> <p>Brustkrebs-Früherkennung verbessern</p> <p>1 Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert, dass zusätzlich zum 2 flächendeckenden Mammographie-Screening auch Ultraschall- 3 Untersuchungen der Brust in die seit 2004 als Leistung der 4 gesetzlichen Krankenkasse durchgeführten Brustkrebs- 5 Früherkennungs-Maßnahmen mit aufgenommen werden. 6 Darüber hinaus sollen auch jüngere Frauen ab dem 40. Lebensjahr 7 und auch Frauen nach dem 69. Lebensjahr in diesen 8 Maßnahmenkatalog – Mammographie-Screening als auch 9 Ultraschalluntersuchungen der Brust – mit aufgenommen werden. 10 Insbesondere muss zudem sichergestellt sein, dass der regelmäßige 11 und wohnortnahe Zugang zum Mammographie-Screening und 12 Ultraschalluntersuchung im sog. „Mammomobil“ (mobiler 13 Mammographie-Bus) uneingeschränkt möglich bleibt.</p>	<p style="text-align: center;">Annahme</p>
B12		<p style="text-align: center;">LV Schleswig-Holstein</p> <p>Rauchverbot in Autos umsetzen</p> <p>1 Die Frauen Union der CDU Deutschlands bittet die Bundesregierung, 2 ein Rauchverbot in Autos durchzusetzen, sofern Schwangere oder 3 Minderjährige ebenfalls im Auto sitzen. 4 Ungeborene Kinder und Minderjährige können sich dem Auto nicht 5 entziehen und gehören darüber hinaus zu den vulnerablen Gruppen.</p>	<p style="text-align: center;">Annahme in geänderter Fassung</p> <p>Rauchverbot in Autos umsetzen</p> <p>Die Frauen Union der CDU Deutschlands bittet die Bundesregierung, ein Rauchverbot in Autos durchzusetzen. Darunter fällt das Abbrennen von Tabak sowie das Dampfen von E-Zigaretten und Vapes.</p>

B15	<p style="text-align: center;">LV Braunschweig</p> <p>Einführung eines Handynutzungsverbots an Grundschulen und weiterführenden Schulen bis Klasse 8</p> <p>1 Die Frauen Union Deutschlands fordert die flächendeckende 2 Einführung eines Handynutzungsverbots an Grundschulen. 3 Insbesondere fordern wir die Kultusministerkonferenz sowie die 4 zuständigen Landesregierungen auf, die Rahmenbedingungen dafür 5 bundesweit zu schaffen. 6 7 Konkret fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> 8 • ein generelles Verbot der privaten Nutzung mobiler 9 Endgeräte durch Schülerinnen und Schüler während der 10 Unterrichtszeit sowie auf dem gesamten Schulgelände an 11 Grundschulen und weiterführenden Schulen einschließlich 12 Klasse 8 13 • verpflichtende Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte, 14 Eltern und Schülerinnen und Schüler über Chancen, Risiken 15 und den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen 16 Medien, 17 • die gezielte Integration von Medienkompetenz und digitaler 18 Verantwortung in den Lehrplan bereits ab der Grundschule – 19 altersgerecht und pädagogisch begleitet. 	<p style="text-align: center;">Annahme in geänderter Fassung</p> <p>Einführung eines Handynutzungsverbots an Grundschulen und weiterführenden Schulen bis Klasse 8</p> <p>Die Frauen Union Deutschlands fordert die flächendeckende Einführung eines Handynutzungsverbots an Grundschulen und weiterführenden Schulen bis Klasse 8. Insbesondere fordern wir die Kultusministerkonferenz sowie die zuständigen Landesregierungen auf, die Rahmenbedingungen dafür bundesweit zu schaffen.</p> <p>Konkret fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein generelles Verbot der privaten Nutzung mobiler Endgeräte durch Schülerinnen und Schüler während der Unterrichtszeit sowie auf dem gesamten Schulgelände an Grundschulen und weiterführenden Schulen einschließlich Klasse 8 • verpflichtende Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler über Chancen, Risiken und den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien, <p>die gezielte Integration von Medienkompetenz und digitaler Verantwortung in den Lehrplan bereits ab der Grundschule – altersgerecht und pädagogisch begleitet</p>
------------	--	---

B16	LV Braunschweig	Annahme
	<p>Umsetzung einer gendergerechten Medizin</p>	
1	Die Frauen Union Deutschlands setzt sich für die flächendeckende	
2	Umsetzung einer gendergerechten Medizin in Forschung, Lehre und	
3	Versorgung ein.	
4	Geschlechtersensible Medizin berücksichtigt die biologischen und	
5	soziokulturellen Unterschiede zwischen den Geschlechtern und	
6	wirkt so einer einseitig männlich geprägten Ausrichtung der	
7	medizinischen Praxis entgegen.	
8	Ziel ist es, durch eine geschlechtsspezifische Betrachtung die	
9	gesundheitliche Versorgung für alle Menschen zu verbessern.	